

Dresdner Volkszeitung

Vollredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verwaltung: Sächsl. Staatsbank, Dresden
Bank der Arbeiter, Ankerstraße
und Postamt, R. O. Dresden
Gebrüder Kretschmer, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen in den Adressen ist es durch eine Karte des Bestellers der Dresdner Volkszeitung keine Änderung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung

Abonnementspreis einschließlich Porto mit dem monatlichen Unterhaltungsbeitrag: 2,00 M., halbjährlich 10,00 M., einjährig 18,00 M. Einzelnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Bettendorfer Str. 25/26, Dresden
Anzahl der Abonnenten: 12.000
Verlag: Bettendorfer Str. 25/26 und 12/27, Dresden
Gründungsdatum: 1. April 1929

Abonnementspreis: Grundpreis, die 10 mm breite Monatspreiszeitung 10 Pf., die 10 mm breite Monatspreiszeitung 20 Pf., für ausländische Abnehmer 40 Pf. und 2,00 M. Familienabonnenten, Studenten und Arbeiter 40 Pf. Rabatt für Betriebsabonnenten 10 Pf.

Nr. 85

Dresden, Freitag den 12. April 1929

40. Jahrgang

Dem Andenken Gustav Neurings

Zum 10. Jahrestag seiner Ermordung

Heute vor zehn Jahren wurde Gustav Neuring ein Opfer der Revolutionswirren. Dieser 12. April 1919 gehört zu den trübsten Tagen der Dresdner Revolutionsgeschichte. Nicht nur deshalb, weil ein Mann ermordet wurde, der auf schwerem Posten für die sozialdemokratische Arbeiterpartei seine Pflicht tat, sondern weil bei seiner Ermordung eine Reihe Mißverständnisse ihre verwirrende Rolle spielten. Neuring mußte Reichsgesetze ausführen, für die er nicht verantwortlich war, für die aber spartakistische Demagogen ihn vor verzweifelter, irreführender Massenverantwortung machten. Er mußte demobilisieren, mußte Löhnungen herabsetzen. Die Spartakisten benutzten diese unpopulären Maßnahmen, um im trüben zu fischen. Sie handelten in mehreren Orten nach dem gleichen Plane. In Berlin suchten sie Scharen kriegsbeschädigter und kriegshinterliebener vor ihren Parteiführern zu spannen und auf die Straße zu treiben. In Dresden injizierten sie am 12. April eine Demonstration von demobilisierten und kriegsbeschädigten. Neuring wurde als der Mann denunziert, der an den Lohnherabsetzungen und Entlassungen schuldig sei. Eine fanatisierte Menge zog vor das Wohnhaus, in dem Neuring als Volksbeauftragter für Militärwesen amtierte. Die Wache öffnete — mit Neurings Zustimmung — die eisernen Tore, um die Abordnungen der Protestierenden in den Hofraum hereinzulassen und diejenigen, die an Straßen und Stufen gingen, auf den Hänken ausruhen zu lassen. Das war der Anfang vom Ende.

Eine vielhundertköpfige Menge drängte in das Gebäude, in dessen erstem Stock Neuring mit Deputierten verhandelte und mitteilte, daß er bereits verflücht habe, die von Reichsorganisierte Herabsetzung der Löhne und Unterhaltung auf Sachsen zunächst nicht zu übernehmen und daß er in Berlin am 15. April vorstellig werden wolle. Damit die unkluge und politisch total verkehrte Verfügung schnellstens wieder aufgehoben würde. Aber die spartakistische Einseitigkeit wollten es anders. Die Menge drängte von allen Seiten in das Gebäude, Verhandlungen wurden unmöglich und als die Wache sich in den ersten Stock zurückziehen mußte, warf ein nervös gewordener Unteroffizier eine Handgranate. Niemand wurde getroffen. Die Handgranate war eine sogenannte „Mallmaus“, eine Übungsgrenate. Aber rasch züngelten tolle Gerichte auf die Straße hinaus in die tosende Menge: einem Einbeinigen sei das zweite Bein abgerissen worden, Verletzte lägen im Saufe. Neuring habe das Kommando zum Schießen gegeben.

Nichts davon stimmte. Neuring war sofort aus dem Zimmer gestürzt und dem Unteroffizier in die Parade gelassen. Er eilte hinunter, um vom Tor aus zu der tosenden, aufgeregten Menge zu sprechen. Seine Schritte stießen ihn in die Menge hinunter, und das war das Signal zum blutigen Mord. Der Volksbeauftragte wurde in die Mitte der Augustusbrücke geschleift, in die Elbe geworfen und, als er sich durch Schwimmen zu retten versuchte, mit Maschinengewehren im Strome zusammengeschossen. Männer aus dem Volke mordeten in Frennen und Verbeugung einen der ihren dahin.

Heute, zehn Jahre nach dem traurigen Ereignis, wird mancher von denen, die damals etwa in der Tat so etwas wie ein „Volksgericht“ haben, anders urteilen, einmal sich sehr bald herausstellte, daß Neuring nicht verschuldet hatte, was politische Gegner ihm angehängt. Allen, die ihm näherstanden, wird er in Erinnerung bleiben als ein beweglicher Mensch mit Energie, Humor und optimistischer Gläubigkeit, einem Glauben ans Menschliche, der ihn so furchtlos machte, daß er sich der tosenden Menge sogar selbst preisgab. Vom „Muthund“, zu dem ihn die Spartakisten stempeln wollten oder vom Gewaltmenschen, hatte er nichts, aber auch gar nichts an sich. Und daß linksradikale Demagogen ausgerechnet kriegsbeschädigte zu ihren dunklen Zwecken parteifanatisch mißbrauchten, gehört zu ihren schlimmsten Verirrungen, denn Menschen, die im Kriege ihre Glieder gelassen haben, sind mehr als andere Volksgenossen in einer besonderen seelischen und leiblichen Not. Drohend als vor anderen rechtlich vor ihnen der Kampf ums Dasein, und das Bewußtsein ihrer Unvollständigkeit verbüstert ihre Zukunft. Daß sie in dieser Verfassung gegen einen Mann aus dem sozialistischen Lager so mißbraucht werden konnten, zeigt das Maß der Verwirrung, das in den damaligen Sturmzeiten innerhalb der Arbeiterbewegung um sich gegriffen hatte.

Neuring fiel als ein Märtyrer der Revolution, als ein Opfer einer Zeit, die Menschen mit den gleichen Endzielen voneinander trennte und gegeneinander warf. Er gehört in die Reihe der für unsere Sache Gefallenen, in welchem Lager sie auch gewesen sein mögen, in die Reihe der Rosa Luxemburg, Eisner, Bause, Garsis. Der Tod solcher Märtyrer muß uns eine Mahnung sein, die Verhütung innerhalb der Arbeiterpartei zu überwinden und die ruhige Überlegung auch in Sturmzeiten höher zu schätzen als blindwütigen Gewalt und fanatisches Demagogentum.

Nach dem Stürmchen

Die volksparteiliche und die Zentrums-Presse unken weiter!

Am heutigen Freitag sollen die drei neuen Zentrumsminister ernannt werden. Das ist zunächst das Ergebnis der dreitägigen Krise, die das Kabinett Müller zum Wackeln brachte. Die Störung kam recht plötzlich. Alles schien gutzugehen, man hatte sich über die Abstriche verständigt. Abstriche, mit denen die Sozialdemokratie nicht zufrieden sein konnte — da trat der Panzerkreuzer in Aktion. Die zweite Rate wird demnächst fällig. Der Zentrumsführer Kaas schrieb jenen Brief an die sozialdemokratische Fraktion, in dem er die Bewilligung der zweiten Rate forderte, sonst — — — Das andere ging unter in einem Zentrumsgerummel, aus dem nur die Drohung von Kabinettsfröhen ufm. herauszuhören war.

Als die sozialdemokratische Fraktion auf den Tisch schlug und mit einem scharfen „Nein“ antwortete, beruhigten sich die Herren in der Mitte wieder. Man hatte es sich so schön gedacht, die rebellierenden Zentrumsmitglieder leichter zu beschwichtigen, wenn die Sozialdemokratie die zweite Panzerkreuzrate bewilligte.

Weitere Verhandlungen zwischen Regierung und Parteiführern ergaben den weiteren Schritt zur Großen Koalition: er soll bestehen in der Einlegung dreier Zentrumsminister. Der Zentrumsbluff hat also wenigstens etwas eingebracht. Wie die Sache weiterläuft wird, weiß niemand. Selbst der sozialdemokratische Pressedienst ist skeptisch gestimmt und lächelt:

Die Postkarte, die die Germania bereits am Donnerstag morgen ansprach, daß die Regierung „in fester Zusammenarbeit die schweren politischen Aufgaben, die vor ihr liegen, mit sachlichen Erfolg zu lösen“ vermöge, läßt erkennen, daß man der Krise nunmehr müde ist. Sehr seltsam muß es jedoch berühren, daß noch im Laufe des Donnerstags aus dem Lager der Volkspartei und des Zentrums parteiamtliche Pressemitteilungen ausgegeben worden sind, die man zwar nicht überbewerten darf, weil sie post festum kommen, die jedoch einer Verärgerung Ausdruck geben, die für die feste Zusammenarbeit nicht gerade nützlich ist. Es ist fast schon ein politischer Treppensprung, wenn die „nationalliberale Korrespondenz“ am Donnerstag, dem 11. April, davon spricht, daß „die Verhandlungen über das Steuerkompromiß gescheitert und ergebnislos“ seien, und daß die Schuld daran bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion liege, deren Mehrheit aus Helben der Angst vor radikalen Stimmungen stehe. ... Als diese Pressemitteilung herausgegeben wurde, war schon wieder alles ganz anders und die Bahn zur Erledigung des Staats frei.

In ähnlicher Stimmung spricht der Pressedienst der Deutschen Zentrums-Partei von einer Sabotage des Steuerkompromisses durch die Sozialdemokratie, von einer Haltung der sozialdemokratischen Partei, die mit den Aufgaben und Pflichten einer Partei, die vier Minister in der Reichsregierung hält, unvereinbar sei. ... Der Gegensatz zwischen der Lösung der Krise und ihrer ausgereichten Pressemitteilung ist auffällig genug. Er ist so klar, daß die deutsche nationale Presse sich mit Vergnügen darauf gestürzt hat. Sie haben ihr u. a. Anlag gegeben, aus der hoffnungslossten Fiktion der Deutschnationalen heraus die Deutsche Volkspartei und das Zentrum mit einem getrübelten Maß von Hohn zu bedenken.

Die Deutschnationalen haben es nötig, durch böshäutige Ausfälle aufzufallen! Bis heute wissen sie auf die Frage, wie Deutschland regiert werden soll, nichts zu antworten, als: zurück zu Bismarck! Die Vergrößerung und Verfallung der Reichsradikalen fällt selbst ihren Wählern auf die Nerven. Aber nichtsdestoweniger haben das Zentrum und die Volkspartei sich in den letzten Monaten gerade in den Fragen der Regierungsbildung geradezu lächerlich, jämmerlich und grundlos benommen. Es scheint hinter dieser Zickzackerei der politischen Unfähigkeit noch etwas mitzumirren, nämlich die Abneigung gegen die Demokratie. Sowohl im Zentrum wie in der Volkspartei sind Strömungen stark geworden, denen die Volkssprüche von heute, denen die Wahlrechte und das parlamentarische Regime unbehaglich geworden sind. Die Staatsgewalt soll nicht mehr vom Volke ausgehen, denn das Volk hat bei den letzten Wahlen mehrfach gegen die kapitalistischen Parteien und bei der letzten Wahl auch gegen das Zentrum entschieden. Die antidemokratischen Strömungen in den beiden Mittelparteien benutzen nun jede Gelegenheit, um politische Schwierigkeiten auszublütern und zu Regierungsfreien werden zu lassen. Man hofft damit, einen großen Teil des deutschen Volkes derart politisch in die zu kriegen, daß die Wiederholung der Verfassung im Sinne der Reaktion bequem und risikolos wird.

Je früher und deutlicher die Sozialdemokratie auf diese Strömungen in den Mittelparteien aufmerksam macht, desto besser für die Republik. An uns wird es liegen, das reaktionäre Spiel zu vereiteln und dafür zu sorgen, daß die deutsche Wählerkraft auch der Zickzackpolitik des Zentrums und der Volkspartei bei der nächsten Abrechnung einen Tritt gibt!

Vor den Ernennungen

Wie amtlich mitgeteilt wird, tagte das Reichskabinett am Dienstag nachmittag zum letzten Male in seiner bisherigen Zusammensetzung. Nach Erledigung der Tagesordnung, die nur laufenden Angelegenheiten galt, wendete sich Reichskanzler Müller mit herzlichem Worten an den nunmehr auscheidenden Reichsminister der Justiz, Koch, Weser. Im Namen der Reichsregierung und seinem eigenen Namen dankte der Reichskanzler dem scheidenden Reichsminister für seine umfassende und wertvolle Mitarbeit im Reichskabinett im Laufe des vergangenen Jahres sowie für sein verdienstvolles Wirken als Reichsminister der Justiz.

Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Donnerstag nachmittag den Reichskanzler zum Abschied. Der Reichskanzler berichtete über die innerpolitische Lage und schlug die Entbindung des Reichsministers Koch, Weser, von seinem Amte als Reichsminister der Justiz gemäß seinem Antrag sowie die Erweiterung der Reichsregierung durch drei dem Zentrum angehörige Reichsminister vor. Der Herr Reichspräsident erklärte sein Einverständnis zu den Vorschlägen des Kanzlers.

Trotski an die russischen Arbeiter

Der verbotene Lenin — Verfolgung der Leninisten in internationalem Maßstab

Die linkskommunistische Presse veröffentlicht einen Aufruf Trotskis an die russischen Arbeiter, der natürlich, wenn überhaupt, nur auf illegalem Wege nach Rußland gelangen kann. Der Aufruf wiederholt zunächst die Zurückweisung bekannter sowjetoffizieller Behauptungen. Daß die Linke einen bewaffneten Aufstand plane, daß sie Rußland als einen schon wieder bürgerlichen Staat bezeichne, und daß er selbst Rußland freiwillig verlassen habe, das alles weiß Trotski als ein Säb, der in allen kommunistischen Redaktionen an alle Hände geschrieben werden sollte:

„Für einen Revolutionär gibt es kein höheres Verbrechen als den Betrug an seiner Partei, als das Vergiften des Bewußtseins der Arbeiterklasse durch sorgfältige Lügen.“

Trotski ist wegen seiner Mitarbeit an bürgerlichen Blättern und seinen „Dollar-Honoraren“ angegriffen worden. Er verteidigt sich mit dem Hinweis, daß die russische Regierung durch ihre „Lüge“, der bürgerlichen Presse dauernd Material liefere. Die Dollar-Honorare aber will er zur Herausgabe von Reden, Artikeln und Briefen Lenins verwenden, die in Rußland verboten sind!

Damit führt Trotski den Hauptschlag gegen seine Gegner, und nun folgt Sieb auf Sieb:

„Berechtigt nicht, Genossen: Lenins Testament“ bleibt nach wie vor in der U.S.S.R. ein Interzessionsdokument, für dessen Verbreitung man verhaftet und ausgewiesen wird. Und dies ist kein Zufall: Stalin führt den Kampf gegen den Leninismus in internationalem Maßstab. Es gibt fast kein Land, in dem an der Spitze der kommunistischen Partei heute diejenigen Revolutionäre stehen, die diese Partei zu Lenins Lebzeiten leiteten. Fast alle diese Revolutionäre sind aus der kommunistischen Internationale ausgeschlossen. Lenin leitete die ersten vier Kongresse der Kommintern. Zusammen mit Lenin arbeitete ich die grundlegenden Dokumente der Kommintern aus. Am vierten Kongreß 1922 teilte sich Lenin mit mir zu gleichen Teilen in den grundlegenden Bericht über die neue ökonomische Politik und die Perspektiven der internationalen Revolution. Nach Lenins Tod wurden fast alle Teilnehmer der ersten vier Kongresse, jedenfalls alle einflussreichen Teilnehmer, ohne Ausnahme aus der Kommintern ausgeschlossen. Nebenbei stehen an der Spitze der kommunistischen Parteien neue, zufällige Menschen, die noch vor kurzem im Lager der Gegner und Feinde standen. Um eine anti-leninische Politik zu führen, war es notwendig, die leninistische Leitung zu stürzen. Stalin tat es, indem er sich auf die Bureaucratie, auf die neuen kleinbürgerlichen Kreise, auf den Staatsapparat, auf die GPU, und auf die materiellen Mittel des Staates stützte. Dies geschah nicht nur in der U.S.S.R., sondern auch in Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, U.S.A. und Skandinavien, mit einem Wort, fast in allen Ländern. Nur ein Wunder kann den Sinn der Tatkunde misserkennen, daß Lenins nächste Mitarbeiter und Mitkämpfer in der U.S.S.R. und in den ganzen Kommintern, fast alle Leiter der kommunistischen Parteien in den ersten schweren Jahren, fast alle Teilnehmer und Leiter der ersten